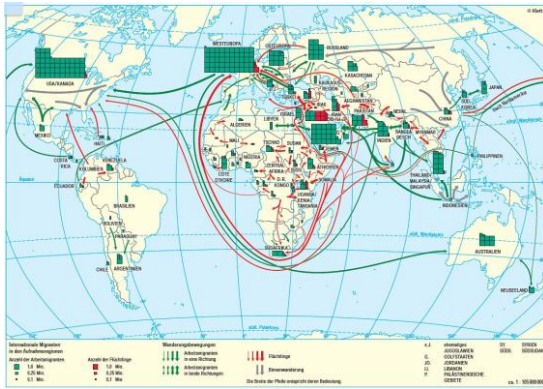


Infoblatt Flucht nach Europa - Fakten und Ursachen



Weltweit befinden sich fast 60 Millionen Menschen auf der Flucht, das sind etwa 0,8 Prozent der Weltbevölkerung. Es wird bereits von der „schlimmsten Flüchtlingskrise seit dem Zweiten Weltkrieg“ (EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos) gesprochen. Dabei steht auch Europa vor großen Herausforderungen.

Herkunftsländer der Flüchtlinge

Eines der Hauptziele ist die Europäische Union. Hier kamen 2013 etwa 431 000 Menschen an, 2014 waren es fast 626 000 Menschen. 2015 dürfte die Zahl noch einmal um ein Vielfaches höher liegen.

Die meisten Flüchtlinge in der EU kamen 2014 aus:

1. Syrien: 19,5 Prozent
2. Afghanistan: 6,6 Prozent
3. Eritrea: 5,9 Prozent
4. Kosovo: 6,1 Prozent
5. Serbien: 4,9 Prozent
6. Pakistan: 3,5 Prozent
7. Irak: 3,4 Prozent
8. Nigeria: 3,2 Prozent
9. Russland: 3,2 Prozent
10. Albanien: 2,7 Prozent

In Deutschland werden in diesem Jahr zwischen 800.000 und einer Million Menschen erwartet, die meisten kommen aus Syrien und den Balkanstaaten.

Die meisten Flüchtlinge in Deutschland kamen im ersten Halbjahr 2015 aus:

1. Syrien: 20,3 Prozent
2. Kosovo: 17,9 Prozent
3. Albanien: 13,6 Prozent
4. Serbien: 6,3 Prozent
5. Irak: 5,2 Prozent
6. Afghanistan: 5,0 Prozent
7. Mazedonien: 2,6 Prozent
8. Eritrea: 2,2 Prozent
9. Nigeria: 1,8 Prozent
10. Pakistan: 1,7 Prozent

(Quellen: dpa, Eurostat)

Fluchtursachen nach Herkunftsstaaten

Syrien

Vor Ausbruch des Bürgerkrieges 2011 nach eigentlich friedlichen Protesten im Zuge des Arabischen Frühlings hatte Syrien etwa 23 Millionen Einwohner. Die bewaffneten Auseinandersetzungen begannen zwischen den Truppen des Präsidenten Baschar al-Assad und verschiedenen Oppositionsgruppen. Nach und nach mischten sich Interessengruppen aus dem Ausland in den Konflikt ein. Die Terrorherrschaft Islamischer Staat (IS) herrscht heute über weite Teile Syriens, tötet Andersdenkende und verschleppt Mädchen und Frauen. Die Zivilbevölkerung steht zwischen mehreren Fronten massiv unter Beschuss. Die Vereinten Nationen schätzten im Sommer 2015 die Zahl der Todesopfer auf 250.000. Menschen aus Syrien sind daher

Flüchtlinge mit "eindeutigem Schutzanspruch", so die EU-Kommission.

Innerhalb Syriens gibt es etwa 7,6 Millionen Binnenflüchtlinge. Mehr als vier Millionen Syrer sind ins Ausland geflohen, die meisten in die Nachbarstaaten Türkei (1,8 Millionen), Jordanien (1,4 Millionen) und Libanon (1,1 Millionen). Die Lage in den Aufnahmelagern dieser Nachbarstaaten ist prekär. Das Flüchtlingshilfswerk UNHCR stößt an Versorgungsgrenzen. Somit sind Nahrungsmittel knapp, die medizinische Versorgung ist schlecht, Kinder werden kaum beschult und legale Arbeitsmöglichkeiten für Erwachsene gibt es nicht. Deshalb flüchten viele Syrer, aber auch Iraker und Afghanen, weiter in Richtung Westeuropa, wo sie sich Perspektiven erhoffen.

Balkanstaaten

Etwa 40 Prozent der Asylsuchenden in Deutschland stammen vom Balkan. Die Anerkennungsquoten sind gering. Seit November 2014 gelten Mazedonien, Serbien und Bosnien-Herzegowina als „sichere Herkunftsländer“. Die Zahl der Asylanträge aus diesen Staaten ist seitdem aber nur leicht gesunken.

Anfang der 1990er-Jahre zerfiel der Vielvölkerstaat Jugoslawien. Es kam zu jahrelangen kriegerischen Auseinandersetzungen, deren Befriedung bis heute anhält. Die Nachfolgestaaten Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Montenegro und Mazedonien gingen aus den Auseinandersetzungen hervor. Teilweise werden erst jetzt Grenzstreitigkeiten zwischen den Balkanstaaten gelöst, vielfach vermittelt durch die EU. Zuletzt erklärte Kosovo 2008 seine Unabhängigkeit, aber Kosovos Status ist bis heute umstritten.

Kroatien ist seit 2013 Mitglied der EU, offizielle Beitrittskandidaten sind Albanien, Mazedonien, Montenegro und Serbien. Doch in vielen Balkanstaaten haben besonders junge Menschen die Hoffnung auf wirtschaftlichen Aufschwung aufgegeben. Armut, Korruption und Perspektivlosigkeit sind wesentliche Fluchtursachen. Hinzu kommt die Diskriminierung von Minderheiten, vor allem der Roma.

Irak

Der Diktator Saddam Hussein kam 1979 an die Macht. Seitdem flüchten Menschen aus dem Irak wegen politischer Verfolgungen und massiver Menschenrechtsverletzungen gegen religiöse Minderheiten.

Mehrere kriegerische Auseinandersetzungen erschütterten das Land: Von 1980 bis 1988 kostete der Erste Golfkrieg ca. 250.000 Iraker das Leben. Es ging um die Vorherrschaft am Persischen Golf zwischen Iran und Irak. Schon 1990 bis 1991 schloss sich der Zweite Golfkrieg (auch: Erster Irakkrieg) an. Nach der Annektierung des ölfreieichen Staates Kuwait durch den Irak schritten internationale Truppen (legitimiert durch ein Mandat der Vereinten Nationen) unter Führung der USA ein und befreiten Kuwait. Infolgedessen wurde der Irak mit Sanktionen belegt und international isoliert. Weite Teile der Bevölkerung verarmten. Die Regierungstruppen Saddams verübten 1991 einen Genozid an 60.000 bis 100.000 Schiiten (einige Schätzungen gehen von 300.000 Toten aus). Nach dem Eingreifen der internationalen Truppen im Zweiten Golfkrieg hatten die Schiiten u.a. im Südirak einen Aufstand gegen das Regime gewagt.

Bereits 1990 wurden etwa 20.000 Asylanträge irakischer Bürger in Deutschland gestellt. Zwischen 1991 und 2003 waren es mehr als 95.000 Anträge.

2003 begannen die USA (und Großbritannien) den Irakkrieg und stürzten Saddam Hussein. US-Präsident Georg W. Bush plante dies seit den Terroranschlägen des 11. September 2001 und begründete den Schlag als Präventivkrieg wegen eines bevorstehenden Angriffs mit Massenvernichtungsmitteln. Diese wurden jedoch nie gefunden, der Angriff auf den Irak gilt als völkerrechtswidrig.

Seitdem befindet sich der Irak in einem instabilen politischen Übergangszustand. Frühere Machtstrukturen sind nicht mehr vorhanden. 2006 rief die Terrororganisation al-Qaida einen islamischen Staat aus. Der Irak wird immer wieder von Terrorangriffen erschüttert. Die USA zogen sich 2009 aus dem Irak zurück. Große Gebiete werden derzeit vom Islamischen Staat (IS) beherrscht.

Afghanistan

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 erklärten die USA den „Krieg gegen den Terrorismus“. Das Taliban-Regime in Afghanistan wurde gestürzt, weil es Mitgliedern der Terrororganisation al-Qaida Unterschlupf gewährte. Auf Grundlage einer Resolution der Vereinten Nationen beteiligte sich auch Deutschland an der „Operation Enduring Freedom“ zusammen mit über 40 Nationen zur Bekämpfung der Terroristen und zur Befriedung Afghanistans. Letzte Truppen zogen Ende 2014 ab. Die Sicherheitslage in Afghanistan ist nach wie vor kritisch, was viele Menschen zur Flucht bewegt.

Eritrea

Eritrea ist eine Militärdiktatur, der massive Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden. Viele Menschen fliehen, um dem bevorstehenden Einzug ins Militär zu entgehen. Laut der Vereinten Nationen finden willkürliche Tötungen und

Verhaftungen statt, Menschen verschwinden und werden gefoltert. Außerdem fehlen Meinungs-, Religions- und Versammlungsfreiheit. 2015 nahm Eritrea auf der Rangliste der Pressefreiheit, die jährlich von der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ erstellt wird, den 180. und damit letzten Platz ein. Auch Flüchtlinge aus Eritrea sind Menschen mit "eindeutigem Schutzanspruch", erklärte die EU-Kommission.

Autor/Autorin:

Kathrin Goedecke

Redakteurin im Klett Verlag

<http://www.klett.de/terrasse>
Letzte Änderung: 07.02.2024